

dbfp NEWSLETTER

Kundeninformation der dbfp Deutsche Beratungsgesellschaft für Finanzplanung

IN DIESER AUSGABE: Aktuelle Marktinformationen
der Fürst Fugger Privatbank Aktiengesellschaft

DIE REFERENZ FÜR IHREN ERFOLG

Ausgabe Nr. 4/2021

Der Beratungsansatz der dbfp – ganzheitlich und unabhängig

Die dbfp ist ein eigenständiges Beratungshaus, das allein und ausschließlich dem Interesse unserer Kunden verpflichtet ist. Dabei greifen wir im Rahmen einer offenen Produktstruktur auf eine Auswahl von über 500 Investmentfonds und ETFs, sowie Vermögensverwaltungslösungen zurück. Die Kooperation mit über 70 Versicherungsgesellschaften, sowie über 600 Banken und Bausparkassen im Finanzierungsbereich runden die Möglichkeiten im Sinne einer umfassenden und optimalen Kundenberatung nach dem Best-Select und Best-Advice Ansatz ab. Unser Ziel ist es, dass Sie als Kunde nicht nur zufrieden, sondern begeistert von unserer Leistung sind. Ein Leben lang!

Beratungs- und Produktfelder



*Die Anlageberatung und die Anlagevermittlung im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) bieten wir Ihnen als vertraglich gebundene/r Vermittler im Sinne des KWG im Auftrag, im Namen und für Rechnung der Fürst Fugger Privatbank Aktiengesellschaft, Maximilianstr. 38, 86150 Augsburg an. Weitere Informationen finden Sie im Impressum der Homepage der dbfp (www.dbfp.de).



FUGGERBRIEFE

Kundeninformation der Fürst Fugger Privatbank Aktiengesellschaft

Ausgabe 4/2021

AUGSBURG | KÖLN | MANNHEIM | MÜNCHEN | NÜRNBERG | STUTTGART

BRITEN ZAHLEN EINEN HOHEN BREXIT-PREIS

KOMMT ES ZU EINER POST-BREXIT-KRISE?

In wenigen Wochen jährt sich die Trennung Großbritanniens von der EU zum zweiten Mal. Seitdem ist viel passiert. Als die Briten zum 1. Januar 2020 ihre Unabhängigkeit von Europa feierten, war von Corona und seinen vielfältigen Auswirkungen auf unser aller Leben nur unter Experten die Rede. Die Geschehnisse der letzten Wochen und Monate lohnen einen Blick darauf, wie es den Briten heute geht.

Der Jubel hielt nicht lange an. Schon längere Zeit konnte man in Printmedien oder auf Nachrichtenseiten lesen, dass es immer wieder zu Lieferengpässen auf der britischen Insel käme. So richtig ins Blickfeld der Weltbevölkerung gelangten jedoch Bilder von langen Schlangen vor Tankstellen, die auf eine Benzinknappheit hindeuteten. Tankstellen blieben geschlossen, weil Benzin und Diesel ausverkauft waren. An den wenigen geöffneten Zapfanlagen staute sich der Verkehr teilweise über hunderte von Metern. Interessanterweise wurde diese Knappheit nicht durch einen Mangel an Diesel oder Benzin verursacht. Beide sind weiterhin reichlich verfügbar, ganz im Gegensatz zu den LKW-Fahrern, die die Tankstellen mit dem Sprit beliefern. Während die britische Regierung dies ihren Landsleuten primär als Folge der Covid-Pandemie verkaufen möchte, dürften die

wahren Gründe tiefer liegen. Durch den Brexit sahen sich viele Fahrer aus Osteuropa gezwungen, die britische Insel zu verlassen.

Der Austritt Großbritanniens aus der EU fiel aus Sicht der Briten unglücklicherweise mit dem Ausbruch der Pandemie zusammen, so dass das Virus lange Zeit die Probleme des Brexits überlagerte. Die Bilder von ausverkauften Tankstellen visualisierten erstmals seit Längerem die Auswirkungen der Scheidung von Europa. Boris Johnson, der britische Premierminister, verstand es lange Zeit ziemlich gut, die Kosten des Brexits zu kaschieren. Den Rückgang der britischen Wirtschaftsleistung, welcher schon in der Zeit vor dem Brexit als wahrscheinlich erschien, konnte er gut unter dem Deckmantel der Pandemie verstecken. Damit ist es nun vorbei.

»Der Austritt Großbritanniens aus der EU fiel aus Sicht der Briten unglücklicherweise mit dem Ausbruch der Pandemie zusammen, so dass das Virus lange Zeit die Probleme des Brexits überlagerte.«

Was war geschehen? Eine unabhängige Behörde (das Office for Budget Responsibility) zog einen Vergleich der

Kosten, welche dem Brexit und welche der Pandemie geschuldet sind. Kurz auf den Punkt gebracht schrieben die Ökonomen in ihrem Bericht, dass die Pandemie die britische Wirtschaft langfristig mit rund 2 % belastete, während sich die Belastungen aus dem Brexit auf das Bruttoinlandsprodukt auf das Doppelte belaufen.

Seit dem Austritt aus der Europäischen Union zeigt sich immer deutlicher, wie sehr die britische Wirtschaft darunter leidet. Noch im Juli hat Boris Johnson stolz verkündet, dass sich die Wirtschaft mit dem weitgehenden Wegfall der Corona-Beschränkungen im Juli wieder voll entfalten könne. Dem war nicht so. Vor allem die stark rückläufigen Exporte in die EU bewegen sich auf einem niedrigen Niveau und sind mitverantwortlich dafür, dass die konjunkturelle Belebung weit niedriger ausfällt als prognostiziert.

Die Regierung Johnson sieht ihren eingeschlagenen Weg des Brexits als vollen Erfolg und ignoriert die Warnungen der Unternehmen, die sagen, dass sie mit den Rahmenbedingungen des Austritts nicht zurechtkämen.

Vor allem die Lage am Arbeitsmarkt ist dramatisch. Rund 200.000 EU-Bürger verließen allein im Jahr 2020 das Königreich. Nun fehlen an allen Ecken und Enden Arbeitskräfte. Durch das weiter

oben beschriebene Fehlen von LKW-Fahrern sind ganze Lieferketten zusammengebrochen. Wo zuvor Supermärkte drei Lieferungen am Tag erhielten, gibt es jetzt bestenfalls eine Lieferung. Die Folgen lassen sich gut an den leeren Regalen ausmachen. Auch Alltägliches wie z.B. Milchshakes bei McDonald's oder Matratzen werden zu knappen Gütern. Und Besserung ist nicht in Sicht. Im Gegenteil: Weihnachten steht vor der Tür und es droht aufgrund von fehlenden Waren ein starker Preisanstieg, vor allem bei Spielzeug, Elektrogeräten, aber auch Fahrrädern. Der Brexit, so zeigt sich immer mehr, wird für die Briten ein teures Unterfangen.

WALL-STREET-JUNKIES STARTEN OHNE PANIK MIT DER GELD-ENTZIEHUNGSKUR

Der Präsident der US-Notenbank, Jerome Powell, hat einen Rückbau der Anleihenkäufe angekündigt: Anstelle bisher 120 Mrd. US-Dollar im Monat will die Fed nun auf diesem Weg 15 Mrd. US-Dollar weniger in den Markt geben. Es wird allgemein erwartet, dass diese Schritte durchgeführt werden, bis die Anleihenkäufe komplett eingestellt werden.

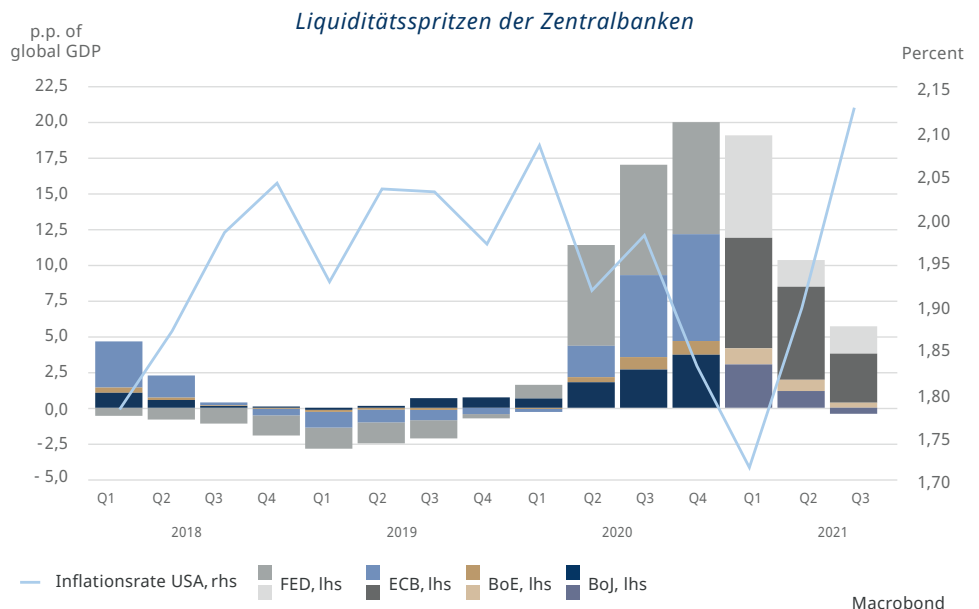
Bemerkenswert an dieser Aktion war die Reaktion der Wall Street: Es gab nämlich keine. Das war nicht immer so erwartet worden. Schließlich gelten die Börsianer mittlerweile als echte Junkies und als abhängig von der Droge des billigen und vielen Geldes. Es ist noch nicht lange her, da reagierten sie allein schon auf Ankündigungen eines Kurswechsels der Notenbankpolitik mit Panikverkäu-

fen, die Kurse tauchten in solchen Situationen ab. Vor allem betroffen waren die hochbewerteten High-Tech-Werte. Aktuell geschieht nichts dergleichen. Weder der breite Markt noch der High-Tech-Index NASDAQ gerieten unter Druck.

Warum lieben die Junkies plötzlich die Entziehungskur? Nun, das ist ganz einfach: Es hätte schlimmer kommen können. Die Schritte hätten heftiger ausfallen können. Und vor allem: Die Zinsen hätten steigen können. Jerome Powell sorgte gleichzeitig mit diesem neuen Beschluss für Beruhigung: »Wir glauben nicht, dass es an der Zeit ist, die Zinsen anzuheben.« Das war es, was der Markt hören wollte. Man beginnt den Entzug mit der Entwöhnung von der unwichtige-

ren Droge, dem Geldzufluss, und gestaltet ihn langsam und verträglich. Damit hat die Fed einen Mittelweg gefunden, den Einstieg in den Ausstieg aus der Politik des leichten Geldes zu praktizieren. Entgegen aller Aussagen, vor allem aus der Politik, trägt die Börse diesen Weg mit.

Das Problem stellt nun die Politik selbst dar. In Europa hat der Druck der Politik, immer mehr Schulden zum Nulltarif machen zu wollen, die EZB so dominiert, dass dort nicht einmal über solche Schritte nachgedacht werden kann. Nach dem Brexit und dem Ende der CDU-Kanzlerschaft in Deutschland gibt es kaum noch große EU-Staaten, dessen Regierung nicht politisch eher links zu verorten ist. Überall will man Sozial- und Klimapolitik



Obwohl die Liquiditätsspritzen der Zentralbanken seit dem Höhepunkt der Corona-Pandemie verringert wurden, nahm die Inflation stetig zu. Ein erster Zinsschritt der Fed ist nur noch eine Frage der Zeit.

Quelle: © Macrobond



Oben: Seit dem Brexit ist das Exportvolumen britischer Unternehmen in die EU stark gesunken.

Quelle: © concret Werbeagentur GmbH

Unten: Der Brexit hat zu starken Einbußen mit wichtigen Partnern der EU geführt.

Quelle: © Macrobond

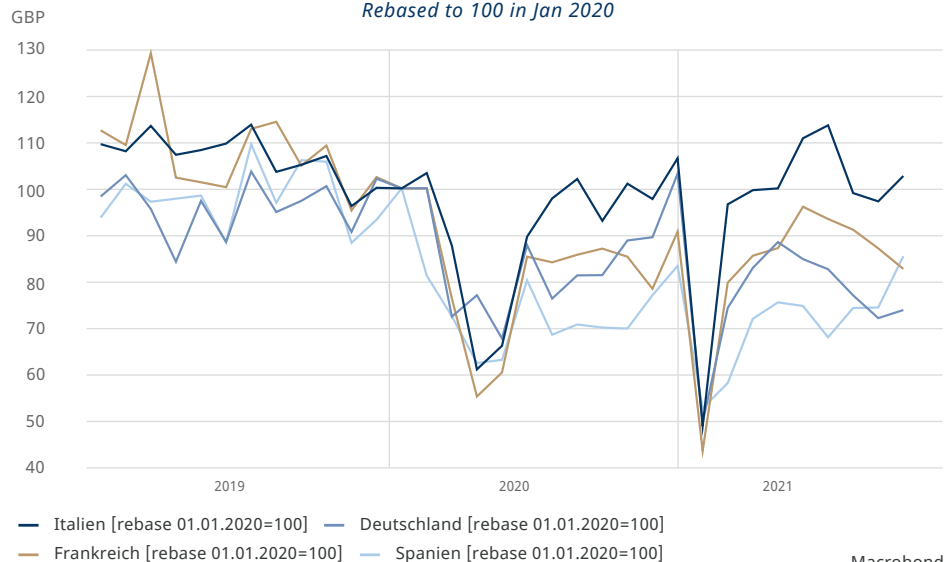
durch Gelddrucken forcieren. Ähnliche Schritte wie in den USA sind in diesem politischen Umfeld nicht zu erwarten. Man muss bedenken: Inflation ist für Regierungen und EZB positiv, denn nur so werden die Schuldnerländer, v.a. in Südeuropa, ihre Schuldenquoten senken können.

Auch Präsident Biden in den USA muss sich nun entscheiden, welchen grundsätzlichen Weg er anstrebt: eine Rückkehr zur geldpolitischen Normalität oder eine Forcierung der Gelddruckmaschinerie. Präsident Biden stand dabei vor dem Problem, dass die Amtszeit von Notenbankpräsident Powell in Kürze abläuft und die eigene Partei einen anderen Kandidaten bevorzugte. Man muss dazu wissen, dass die US-Demokraten eher ein Wahlbündnis als eine Partei im deutschen Sinne darstellen. Trump konnte nur geschlagen werden, weil die Parteiführung es schaffte, auch sehr linke Politiker und Wähler zu akquirieren. Damit reicht das politische Spektrum der aktuellen US-Parlamentsmehrheit gewisser-

maßen vom linken Flügel der CDU über SPD und Grüne bis zu Politikern, die man hierzulande eher bei den Linken suchen würde. Biden hat deswegen Druck von zwei Seiten: Die Wirtschaft und die Mittelschicht wollen eine Rückkehr zur Normalität, selbst wenn dadurch die Arbeitslosigkeit etwas ansteigt. Der linke Flügel der Demokraten will ein kreditfinanziertes Sozialsystem und dazu die Notenpresse eher noch beschleunigen. Biden, selbst ein Mann der Mitte und eher an Konsens denn an Spaltung interessiert, hat sich mittlerweile für einen Kandidaten für den Posten des Fed-Präsidenten entschieden. Wie zu

erwarten, hält er an Powell fest. Der linke Parteiflügel der Demokraten hatte darauf gedrängt, Lael Brainard zu nominieren, um einer expansiveren Geldpolitik den Weg zu bereiten. Ein solcher Dämpfer für die derzeitigen Zinserhöhungsspekulationen ist nun nicht eingetreten – die »taubenhafte« Überraschung mithin ausgeblieben, auf die der eine oder andere Marktteilnehmer spekuliert hatte. Ebenso erhöhten sich die an den Terminmärkten ablesbaren Zinserwartungen: Nun werden, beginnend ab Juni 2022, bis Ende 2022 zwei Zinserhöhungen um je 25 Basispunkte eingepreist.

UK-Exporte nach Europa sind nach dem Brexit gesunken
Rebased to 100 in Jan 2020



EIN AUSBLICK AUF DAS KOMMENDE JAHR

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Wieder einmal standen Aktienanlagen ganz oben in der Gunst der Anleger. Dies ist zwar aufgrund der scheinbaren Alternativlosigkeit kaum verwunderlich, jedoch überrascht vor dem Hintergrund der sich stark eintrübenden Konjunkturaussichten sowie der sich hinziehenden Corona-Pandemie das Ausmaß des Anstiegs von Aktien.

»Daraus folgern wir, dass zumindest für die kommenden Monate der Fokus auf Risikoanlagen wie Aktien und Rohstoffen zu legen ist und zugleich Anleihen deutlich untergewichtet werden sollten.«

Daraus folgern wir, dass zumindest für die kommenden Monate der Fokus auf Risikoanlagen wie Aktien und Rohstoffen zu legen ist und zugleich Anleihen deutlich untergewichtet werden sollten. Allerdings sollte man sich nicht täuschen lassen und glauben, dass das kommende Jahr keine Herausforderungen für den Anleger bieten würde. Vor allem mit Blick auf das zweite Halbjahr 2022 ist mit mehr Unsicherheit und damit einhergehend auch mehr Volatilität in den Märkten zu rechnen.

Was heißt das konkret? Der Anlage-schwerpunkt zu Jahresbeginn ist offensiv ausgerichtet. Wir erwarten eine konjunkturelle Belebung, welche zu Beginn des zweiten Quartals einsetzen sollte. Um diesen Rückenwind mitnehmen zu können, legen wir unseren Schwerpunkt auf Aktien. Bei Rohstoffen sehen wir aktuell schon einen Trend weg von Edelmetallen und hin zu Industriemetallen. Das heißt, dass unter anderem auch Rohstoffanlagen zu einer ausgewogenen Asset Allokation gehören sollten. Klar untergewichtet bleiben weiterhin Anleihen.

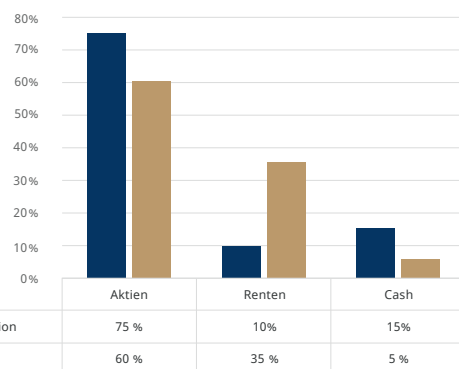
Allerdings ist dieses Szenario von großer Unsicherheit geprägt. Aktuell kann niemand abschätzen, ob die zu vermutende konjunkturelle Erholung in einen normalen Aufschwung mündet. Auch dürfte spätestens in der zweiten Jahreshälfte 2022 die US-Notenbank ihre Geldpolitik umstellen und die Zügel anziehen. Wir rechnen ab dem Zeitpunkt mit ersten Zinsschritten nach oben. Wenn dies eintritt, stellt es zugleich eine Zäsur dar. Die Anleger werden darauf mit Nervosität reagieren und die Volatilität an den Aktien- wie auch Rentenmärkten dürfte zulegen.

Nichtsdestotrotz bleiben wir risikoaffin, das heißt wir fahren eine höhere Aktien-

quote, mit regionalem Schwerpunkt auf Europa. Auch der asiatische Aktienmarkt sollte gute Chancen bieten, wenngleich hier die Unwägbarkeiten deutlich größer sind als dies in den westlichen Industrienationen der Fall ist. Aktien aus den USA gehören immer in ein breit diversifiziertes Depot, allerdings mit einer neutralen Quote.

Insgesamt erwarten wir ein zweigeteiltes Anlagejahr 2022. Einem guten ersten Halbjahr dürfte aufgrund der geschilderten Unwägbarkeiten ein volatileres zweites Halbjahr entgegenstehen. Dies erfordert ein aktives Management wie wir es in unseren gemanagten Fonds und Vermögensverwaltungen anbieten. ●

Aktuelle Allokation versus Benchmark



Hierbei handelt es sich um eine gemischte Strategie mit 60 % Aktien, 35 % Renten sowie 5 % Cash (Kasse), die die Benchmark darstellt. Die aktuelle Allokation gibt die Meinung des Fondsmanagements der Bank wieder und gewichtet die Assetklassen daher höher oder niedriger im Vergleich zur Benchmark.

Die in den Fuggerbriefen wiedergegebenen Informationen und Meinungen wurden am angegebenen Datum erstellt. Sie werden zu Informationszwecken als Unterstützung Ihrer selbstständigen Anlageentscheidung weitergegeben. Sie dienen nicht als Angebot, Anlageberatung oder eine generelle oder individuelle Empfehlung der Fürst Fugger Privatbank, hier dargestellte Kapitalanlagen zu kaufen, zu halten, zu verkaufen oder in sonstiger Weise damit zu handeln, und begründen kein vertragliches Beratungs- oder Auskunftsverhältnis. Die Informationen stammen aus bzw. basieren auf Quellen, die die Fürst Fugger Privatbank für richtig erachtet, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit, Rechtzeitigkeit und Aktualität aber keine Gewähr übernommen wird. Die Fürst Fugger Privatbank lehnt jede Haftung für Verluste aus der Verwendung der in den Fuggerbriefen gegebenen Informationen ab. Wir weisen darauf hin, dass die in den Fuggerbriefen enthaltenen Finanzanalysen nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Finanzanalysen genügen und einem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung unterliegen. Die Kurse und Werte der beschriebenen Investitionen können schwanken, steigen oder fallen. Es besteht die Möglichkeit, dass Sie bei Rückgabe der Anteile nicht den vollen investierten Betrag zurückerhalten. Frühere Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen sind kein zuverlässiger Indikator für die künftige Wertentwicklung. Die hier enthaltenen Informationen können eine auf Ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnittene Beratung nicht ersetzen und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit und Richtigkeit. Insbesondere hängt die steuerliche Behandlung von Ihren persönlichen Verhältnissen ab und kann künftig Änderungen unterworfen sein. Bitte beachten Sie, dass für Sie auch alternative Anlageformen nach persönlichen Anlagewünschen sinnvoll sein können. Maßgeblich für den Kauf sind allein die jeweiligen Anlage-/Emissionsbedingungen nach den gesetzlichen Verkaufsunterlagen. Diese können Sie auf der Website der Anlagegesellschaft z.B. Beteiligungsgesellschaft (u.a. www.Oppenheim-Fonds.de), Emittentin, Kapitalanlagegesellschaft, einsehen und ausdrucken oder in Schriftform bei der Anlagegesellschaft sowie kostenlos auch bei der Fürst Fugger Privatbank erhalten. Die Fuggerbriefe sind zur Verwendung nach deutschem Recht in Deutschland bestimmt. Das vorliegende Dokument darf ohne schriftliche Genehmigung der Fürst Fugger Privatbank weder ganz noch auszugsweise vervielfältigt werden.

Mehr Informationen unter www.fuggerbank.de



Fürst Fugger Privatbank

Mehr Informationen unter www.fuggerbank.de



Die aktuellen dbfp Newsletter als PDF:

Anfordern bei info@dbfp.de

oder als Download auf unserer Homepage www.dbfp.de